



## Eine verhängnisvolle Affäre

Die Verwaltungsspitze verschwieg wichtige Informationen zum Kalki

Als der Brief des Naturschutzbundes den Ratsmitgliedern ins Haus flatterte, traute manch einer seinen Lesekünsten nicht: Die Verwaltungsspitze wusste seit dem 17. 2. 2006 davon, dass die Bezirksregierung das Kalki-Projekt ablehnte! Und es kam noch dicker: Im Brief an die Stadt (vollständiger Abdruck Seite 4) gab es noch eine Ohrfeige hinterdrein. In der Beschlussvorlage für den Rat sei die Position des Landes „nicht korrekt wiedergegeben“. Und als wenn das nicht genug wäre, wird verlangt, dieses „in der Ausschusssitzung und der Ratssitzung richtig zu stellen“. Das aber erfolgte nie ...

„Fakten auf den Tisch!“, verlangte die AZ und nannte die Erklärungsversuche des Ersten Beigeordneten ein Herum-eiern, das sauer aufstoße. Der hatte nämlich versucht sich herauszureden: Man habe die Richtigstellung wohl nicht deutlich genug vorgetragen. Fakt ist: Sie war nie zu hören gewesen, denn sie wäre schon damals wie eine Bombe eingeschlagen.

Hier liegt zumindest ein gravierender Verstoß gegen die Gemeindeordnung NRW vor. Danach hat der Bürgermeister alle Sachinformationen darzulegen, die die gewählten Bürgervertreter in die Lage versetzen, sachgerechte Entscheidungen zu treffen. Die Vorenthaltung des Briefs der Bezirksregierung stellt dazu einen Vertrauensbruch dar.

### Akteneinsicht

Pro Coesfeld wollte die Sache nicht auf sich beruhen lassen und fragte den Bürgermeister, ab wann er von diesem Brief der Oberen Aufsichtsbehörde gewusste habe, wie er reagiert habe und ob es weitere e-mails dazu gebe. Seine Antwort: Es sei im Ausschuss schon alles gesagt worden, aber er biete Akteneinsicht an. (Im vom Bürgermeister unterschriebenen Protokoll findet sich das übrigens nicht festgehalten!) Dieses Recht hätten sich die Unabhängigen auch so genommen. Ihr juristischer Fachmann Jürgen Toppe ließ sich gleich die Vollständigkeit der Akte unterschreiben und fand heraus: Gespräche über das Kalki-Projekt zwischen der Fa. Haniel, der Stadt und der Bezirksregierung gibt es seit zwei Jahren! Aber erst im Januar 2006 war durch die Nachfrage des

Umweltfachmannes bei Pro Coesfeld Heinz Kramer die Sache in die Öffentlichkeit gekommen und bereits im Februar schrieb die Pro Coesfelder Rundschau skeptisch: „Zu hoffen ist, dass dann klar wird, was die Verwaltung bisher an Gesprächen geführt hat.“

### Planungen ad absurdum geführt

Seit dieser Zeit gab es in Coesfeld intensive Diskussionen: auf Podiumsdiskussionen, in Kneipen, Familien, Schulen ... Und viele Engagierte in Vereinen und Gre-

mien nahmen sich Zeit, sich ähnliche Objekte anzusehen, die Sache zu verstecken und sogar Alternativen zu entwickeln. All dieses Engagement wurde durch das Versteckspiel der Verwaltungsspitze, die wichtige Informationen zurückhielt, verhöhnt. Denn ihr war längst klar, wober sie andere im Unklaren ließ: Dass das Kalki-Projekt in der vorliegenden Form keine Chance beim Land NRW hat. Die Verantwortung dafür trägt der Bürgermeister, der sich fragen muss, wie er das dadurch entstandene Misstrauen in der Bürgerschaft wieder heilen kann.

Fortsetzung auf Seite 2



Brachte die Kalki-Planung ans Licht: Heinz Kramer, Umweltfachmann bei Pro Coesfeld

## Sehenden Auges in die Pleite

Die Haushaltssperre kam für Fachleute nicht überraschend

Als am 15.12.2005 der Haushalt mit den Gegenstimmen von Pro Coesfeld verabschiedet wurde, ahnten viele bereits, dass dies kein Abschied von langer Dauer sein würde. Die Pro Coesfelder hatten diesem Haushalt damals kein halbes Jahr gegeben, und in der Tat, bereits vor Ablauf eines halben Jahres ist das Werk vor die Wand gefahren worden oder, im Fachjargon des Verkehrsentwicklungsplanes ausgedrückt: Das war eine Prognose-Null-Nummer!

Nun ist es soweit, der Bürgermeister hat von seinem Recht Gebrauch gemacht, einige Ausgabeansätze im laufenden Haushalt sperren zu lassen. Diese gesperrten Positionen können nur durch einen Ratsbeschluss wieder aufgehoben werden. Ebenso hat der Rat die Möglichkeit, bereits konkret vorbereitete und zugesagte Maßnahmen zu sperren.

### Bürgermeisters Haushalts-spiel ...

Die Aussage von Bürgermeister Öhmann (CDU) in der Presse, man habe

mit der prekären Haushaltslage nicht rechnen können, war an Unverfrorenheit nicht mehr zu überbieten. Vor einem halben Jahr hatten alle gewusst, wie riskant die übereilte Verabschiedung des Haushalts war, und der Kämmerer selbst hatte wortwörtlich im Haushaltsbuch von „erheblicher Risikobereitschaft“ geschrieben. Öhmann (und die anderen Fraktionen) habe sich schlichtweg verzoockt, so Günter Hallay (Pro Coesfeld) im Hauptausschuss.

In der letzten Ratsitzung in 2005 hatte Pro Coesfeld eindringlich vor diesem risikoreichen Haushalt gewarnt: zu optimisti-

sche Einnahmeerwartungen und zu hohe Ausgabenansätze. Natürlich ist jedem klar, dass bestimmte Einnahmen wie z.B. Zuweisungen des Landes oder die Gewerbesteuer nur geschätzt werden können. Wenn man sich jedoch wie unsere Verwaltung bei der Schätzung der Einnahmen des Haushaltsjahres 2006 auf überholte Orientierungsdaten verlässt, darf man sich nicht wundern, wenn einen der Trend überholt.

### ... mit veralteten Zahlen

Aus den Kommunalen Finanzberichten des Innenministeriums für Juni und

Der Kommentar:

### Sache des Bürgermeisters

Die Kalki-Briefaffäre und die Haushaltssperre werfen manche Frage auf, die den Bürgermeister besorgt machen sollten: Denn das Ansehen der Verwaltungsspitze hat erheblichen Schaden genommen. War schon bisher das Ansehen von Bürgermeister und Beigeordneten verbesserungswürdig, wird es jetzt auf dem Nullpunkt sein. Und das haben die ca. 300 Verwaltungsmitarbeiter, die ihren Job gut machen, nicht verdient. Verwaltungen leiden bekanntlich unter ihrem bürgerfernen Image und dem geflügelten Satz „Ihr da ohm macht watt ihr volt!“

In beiden Fällen trägt der Bürgermeister (CDU) die Verantwortung und es bleibt die Frage, ob er seinen „Laden“ im Griff hat. Sie stellt sich auch deshalb, weil man von ihm die politische Führung vermisst. Dazu gehört es, Konzepte zu entwickeln und umzusetzen und die zentralen Probleme unserer Stadt transparent, konfliktfrei und profiliert anzugehen. Es reicht dazu nicht, den Job unserer stellvertretenden Bürgermeisterinnen zu machen (die ihre Repräsentationsaufgaben ernst nehmen und dafür ja bezahlt werden) und täglich mit einem Foto in der Presse präsent zu sein, einen Spaten in den Boden zu stoßen, auf dem Bagger zu sitzen und bei Schecküberreichungen und CDU-Veranstaltungen in die Kamera zu lächeln. Der Bürgermeister von De Bilt nannte das: „... täglich auf die Bühne“. Und ebenso wenig reicht es, beim Scheitern des eigenen Haushalts so zu tun, als habe das niemand absehen können. Das erweckt den Eindruck, als steckte da jemand permanent seinen Kopf in den Sand.

Das Bild von einer nachlässigen Verwaltungsspitze, bei der man nie wisse, was sie sonst noch so alles wisse, darf sich nicht breit machen! Dabei ist es gefährlich, dass sie noch immer das Image der Willkür begleitet: z.B. bei der Frage, wann sie eine Entscheidung einem Ausschuss oder dem Rat zuschiebt, wann Ratsmitglieder ihre Unterlagen erhalten (z.T. erst wenige Tage oder unmittelbar vor den Entscheidungen!) und wie unparteiisch diese und auch die Protokolle ausfallen.

Solche Problemfelder – z.T. hart an der Grenze des Seriösen und Zulässigen – permanent mitzuschleppen, ist überflüssig wie ein Kropf. Kalki-Briefaffäre und Haushaltssperre sollten zu einem reinigenden Gewitter führen. Auch ein Bürgermeister darf dazulernen.

November 2005, die auch per Internet vorlagen, ging hervor, dass die Prognosen der Verwaltung nicht mehr stimmen würden. Darüber hinaus hätte man auch an der Investitionstätigkeit großer Coesfelder Gewerbesteuerzahler ahnen müssen, dass dadurch deren Erträge geringer werden und damit auch der Obolus an die Stadt.

Ebenso war für die Schlüsselzuweisungen seitens der Verwaltung ein starker Anstieg prognostiziert worden, was sich aber gegen Ende 2005 bereits nicht mehr halten ließ. Auf Basis dieser Daten hatte Pro Coesfeld Sparvorschläge eingereicht, die heute aktueller denn je sind. Die jetzt bekannt gegebenen Einnahmeeinbrüche sind dort in etwaiger Höhe vorausberechnet. Die anderen Fraktionen hatten es dagegen nicht gewagt, auch nur einen einzigen Einsparvorschlag vorzulegen.

Am 10. September Bürgerentscheid nicht vergessen!!!

# In Lette bleiben die Linden im Dorf

**Der Dauerstreit um die Nachbebauung Johanneschule ist zu Ende**

Die definitive Entscheidung für den Erhalt des stattlichen Lindenbestandes (Plan B, Fa. Voss) fiel in der Ratssitzung am 22.06.06 mit den Stimmen von SPD, FDP, den Grünen und Pro Coesfeld. Lette bleibt somit ein Dorf im Grünen. Eine gute Entscheidung, der sich selbst der Bürgermeister anschloss. Auch bei der ursprünglich vorgesehenen Bebauung des Johanneschulgeländes mit einem Pflegeheim durch Geuking sollte der Baumbestand erhalten werden. Die gleiche Forderung wurde bei der nachfolgenden Ausschreibung für eine Wohnbebauung mit dem Zusatz „Erhalt des Festplatzes am Heimathaus“ erhoben.

In der ersten Bürgeranhörung hatte sich lediglich der Heimatverein dahingehend geäußert, den Festplatz nach Größe und Lage zu erhalten. Aus den Ausschreibungsentwürfen wurde vom Bezirksausschuß die Planvariante B (Baumerhalt) der Firma Voss – auch mit den Stimmen der CDU – verabschiedet. Lediglich geringfügige Veränderungen sollten noch zulässig sein.

Nach Gesprächen zwischen CDU, Werbering und den Vereinen tauchte

dann aber die Planvariante D auf: Trennung des Festplatzes vom Heimathaus und Fällen des Wäldchens. Diese Variante bedeutete aber keine geringfügige Änderung von Plan B, auch wären die Mitbewerber der Ausschreibung hintergangen worden. Dieser Plan D wurde in einer zweiten Bürgeranhörung vorgestellt. Die anwesenden Vereinsvorsitzenden und CDU-Vertreter forderten unisono Variante D. SPD, FDP, die Grünen und Pro Coesfeld plädierten für den Baumerhalt; was auch seitens der Verwaltung aus städteplanerischer Sicht empfohlen wurde.

Die Fronten waren nun klar abgesteckt. Da somit die Variante D wegen fehlender Ratsmehrheit zu scheitern drohte, sollte den Verfechtern der Variante B von den Vereinen – durch Markierungsstangen abgesteckt – nun demonstriert werden, wie der Festplatz nach Variante B bzw. D aussehen würde. Bei angespannter Gesprächsatmosphäre wurde die Festplatzgröße nach Variante B allerdings falsch markiert. Der Vorschlag von Pro Coesfeld, die Vereine möchten mit dem Bauträger in Verhandlung treten, um eine einvernehmliche Lösung bezüglich Baumerhalt und

Festplatzvariante D zu erzielen, wurde nicht genutzt.

Ein angemessener finanzieller Beitrag der fordernden Vereine hätte die Lösung sein können, da nicht jede Forderung auf die Steuerzahler abgewälzt werden kann, zumal auch der Gemeindeplatz in unmittelbarer Nachbarschaft zur Verfügung steht. Auch die rechtlich mehr als fragwürdige Umgehung der Ausschreibungsbedingung war für viele Fraktionen unzumutbar, hier wäre eine Neuausschreibung mit geänderten Vorgaben erforderlich gewesen.



Die stattlichen Linden an der Johanneschule bleiben

# Ein großer Vogel in der Tasche

**Bei der Ortsdurchfahrt Lette mehren sich peinliche Pannen**

Es ist bekannt, dass sich die Stadt Coesfeld mit Inbetriebnahme der Umgehungsstraße für Lette bemüht, die Ortsdurchfahrt zu verbessern. Doch mehren sich in diesem Planungsprozess die Pannen. Im Jahre 2005 wurde bereits versucht, Fördermittel zu bekommen, doch verlangte die Bezirksregierung Münster für eine Förderung, die Radwege besser in die Planung einzuarbeiten. Also war eine Überarbeitung von den extern beauftragten Planern (mit höheren Honorarkosten) nötig.

Darauf folgte der zweite Anlauf: Die geänderte Planung wurde bei der Bezirksregierung eingereicht mit der zweiten Bitte um Förderung. Über die nächste Panne musste die Verwaltung dann in der Bauausschusssitzung vom Juni berichten. Die Förderungsvoraussetzungen lägen noch immer nicht vor. Was war passiert?

Originalzitat aus der entsprechenden Sitzungsvorlage: „Die Förderungsvoraussetzungen liegen deshalb nicht vor, da der formale Akt der Umstufung von einer Bundesstraße zur Kreis- bzw. Gemeindestraße nicht abgeschlossen ist.“ Federführend für dieses Umstufungsverfahren ist nun aber wieder der Bund als Straßenbaulasträger der Bundesstraße. Die Stadt ist in der peinlichen Situation, nicht vor und zurück zu

können; denn sie hat bereits die Unterhaltungspflicht an der Ortsdurchfahrt übernommen!

Zur Abgeltung dieser Unterhaltungspflicht hatte man nämlich im Jahre 2005 vom Bund 61.400 Euro angenommen. Sollten aufgrund größerer Schäden weitere Finanzmittel notwendig sein, so müsste diese die Stadt Coesfeld übernehmen. Es wäre unvorstellbar, dass jemand im privaten Bereich in Projekte investierte, die ihm noch gar nicht gehören!

Auf die Fragen von Pro Coesfeld kam die Antwort der Verwaltung: Das ist eben so. Wer hat sich denn hier einen riesengroßen Vogel in die Tasche stecken lassen, wie man im Fachjargon sagt? Schilda lässt grüßen. Nur: Bei der bestehenden Haushaltssituation ist dies wahrhaftig kein Grund zum Spott. Und noch etwas: Wenn ein Rückbau bzw. ein Radweg, dann unbedingt eine vorherige detaillierte Information der Betroffenen über die Gestaltung und die zu erwartenden Kosten.

## Kurz + gut

### Strompreise

Alles wird teurer, in Coesfeld mitunter noch teurer. Während z.B. in Rheine ein Kilowatt-Familienpaket 564 Euro kostet, wollen die Coesfelder Stadtwerke 130 Euro mehr haben. Nur sieben der 126 Stromversorger in NRW verlangen noch mehr. Ratsfrau Schall (FDP) fragte im März nach, die Verwaltung wollte die Anfrage weitergeben. Mehr gab's nicht für die Stromkunden. Und schon kam die nächste Erhöhung – diesmal beim Gas. Auch da Vergleichswerte fällig?

### Besserwisser

In den Untersuchungen zum Verkehrsentwicklungsplan hatten die Gutachter für die Einmündung der Coesfelder Straße in die Bundesstraße 474 (nördlich Lette) eine Ampel gefordert. Die ‚Fachleute‘ in CDU und SPD wussten es besser. Nun hat die Verkehrsunfallkommission des Kreises festgestellt, dass – wie von Pro Coesfeld ebenfalls diagnostiziert – genau diese Einmündung ein Unfallhäufungspunkt ist. Die Stadt Coesfeld kann und müsste nun den Bau einer Ampelanlage anordnen. Wie lange warten wir?

Fortsetzung von Seite 1

## Peinliche Ratsentscheidung

Vielleicht aber ebenso peinlich und ärgerlich ist das, was nun im Rat folgte: Nur Pro Coesfeld verlangte weitere Aufklärung und stimmte mit den Grünen geschlossen gegen die vorliegende Kalki-Planung. Die anderen Parteien begnügten sich im Ausschuss mit Gemäkel über die „Kommunikationsprobleme“ und stimmten trotz der deutlichen Sprache der Landesbehörde für eine Fortführung der vorgelegten Planung. Argument: Das Planungsbüro der Firma Haniel habe eine abgespeckte Version in Aussicht gestellt. Als wenn über Absichtsbekundungen und nicht über die vorliegende Planung abzustimmen gewesen wäre! Und statt der Verwaltungsspitze zu zeigen, dass sich gewählte Vertreter nicht hintergehen lassen, duckte man sich erneut. Die Selbstdemontage vieler Bürgervertreter geht also heiter weiter.



**Sanitär & Heizung**  
Meister- und Innungsbetrieb

**Siegfried Wigger**  
Höltene Klinke 42 · 48653 Coesfeld  
Fon 02541/970338 · Fax 02541/970485  
Mobil 0163/4970338  
E-mail: s.wigger@siggis-badewelt.de  
internet: www.siggis-badewelt.de



*Pro Coesfeld lädt ein: Freie Mitarbeit in einem Arbeitskreis*

# Rote Karte für weitere Sperrungen

Der Bürgerentscheid tritt gegen eine abgesperrte Stadt an

Am 9. Februar wurde vom Rat der Verkehrsentwicklungsplan (VEP) verabschiedet. Die Altparteien waren geschlossen dafür und auch Pro Coesfeld hatte mehrheitlich zugestimmt – trotz einiger Bedenken v. a. wegen der Sperrungen in der nordwestliche Innenstadt. Nach Ansicht der Vertreter von Pro Coesfeld spiegelte diese Sperrung eine Hilflosigkeit und ein jahrzehntelanges Versagen in der Verkehrspolitik wieder, denn schließlich hätten die alten Fraktionen seit den 80er Jahren keine Lösung für dieses Problem gefunden.

Mehrere Nachbarschaften schlossen sich nun zusammen und formulierten ein Bürgerbegehren gegen die Sperrung der nordwestlichen Innenstadt, welches schließlich von rund 4.000 Bürgerinnen und Bürgern der Stadt unterstützt wurde. Denn diese Sperrung (wie die von der CDU ins Spiel gebrachte und nunmehr vom Rat favorisierte Alternative) bewirkt, dass der ortsunkundige Verkehr durch verschiedene Rechtsabbiegebote direkt in das Wohngebiet Hengte gelenkt wird. Ein Entrinnen aus diesem verkehrstechnischen Wirrwarr gibt es nur über nördlichere

Wohnstraßen. Und vor allem: Umgekehrt kann aus dem Wohngebiet Hengte die Innenstadt nur noch über große Umwege erreicht werden. Argument der Ratsmehrheit: Nach den Prognosezahlen für den bis 2020 eintretenden Fall sei dies die beste Lösung! Wenn man nur nach den Zahlen geht, mag dies stimmen. Man könne ja auch schließlich noch im Laufe der Jahre nachbessern, so Herr Stallmeyer (SPD). Doch Nachbessern bedeutet immer, dass es noch teurer würde, so Hermann Josef Peters (Pro Coesfeld) und verfocht den sparsamen Kompromiss der Bürgerbe-

gehrenden: Danach bliebe alles, wie es ist, nur der Marienring und die Pumpengasse würden durch geeignete Beschilderung gesperrt werden. Die vom Gutachter errechneten Prognosezahlen führten dann zu einem Absinken der Verkehrszahlen in allen Bereichen, auf der Wetmarstraße zwischen dem Kreisverkehr und der Holtwicker Straße allerdings erhöhte sich der Verkehr um prognostizierte 1.400 Fahrbewegungen. Und dort wehrte man sich vehement.

Das Argument, eine Erprobungsphase von zwei Jahren durchzuführen und

## Das Rundschau-Zitat

„Ich möchte die Beteiligten vorstellen ... Herr Dr. Bondzio – woher kommen Sie?“

(Bürgermeister Öhmann stellt auf der Bürgeranhörung am 12.6.06 das Ingenieurbüro Bondzio & Weiser vor.)

währenddessen mit den Anwohner nach weiteren Lösungen zu suchen, kam nicht an. Auch dass durch diese Maßnahme die im Haushalt 2006 veranschlagten 60.000 Euro eingespart würden und der Bürgerentscheid mit nochmals 10.000 bis 25.000 Euro wegfiel, war der Mehrheit keine Einsicht wert.

So kommt es zum Bürgerentscheid (am 10.09.2006) und zu einer Mehrbelastung des Haushalts, obwohl in gleicher Ratsitzung die Ratsvertreter und die Öffentlichkeit von Herrn Öhmann unterrichtet wurden, dass die Stadt gar nicht mehr zahlungsfähig sei ...

# Frieden finden im Wald, ruhen im Forst

In Coesfeld wird eine alternative Art der Bestattung diskutiert

Bürgermeister und Kirchenvertreter zeigen sich ablehnend, an anderen Orten wie Bramsche und Hagen sind Friedwälder bzw. die kleineren Ruheforste (ca. 5 – 10 ha mit mehreren Bestattungen pro Baum) bereits zu finden – zumal die Urnenbestattung längst keine Besonderheit mehr ist.

Vor allem, wenn die nächsten Angehörigen weit weg leben und ihnen eine Grabpflege kaum möglich oder zu kostenintensiv ist, wenn die Bestattung und das Grab selbst zu teuer werden, aber auch wenn die konventionelle

Form der Bestattung auf einem angelegten Friedhof als zu steif oder die Grabpflege nur als eine Pflichtübung empfunden wird, dürfte diese Alternative der Urnenbestattung in einem geschützten Wald in Frage kommen.

Religiöse Gefühle in unserer christlich geprägten Kultur dürften nicht verletzt werden, denn die Aussegnung findet in der Trauerhalle oder auf einem dafür besonders gestalteten Platz im Wald statt. Im Gegensatz zur Friedwaldbewegung in der Schweiz, die naturreligiös

geprägt ist, sind die deutschen Initiatoren oft Christen, die darin für die deutsche Forstwirtschaft eine sinnvolle Nutzung sehen. So auch in Coesfeld, wo in Sirksfeld der Fürst für eine Ruheforst-Lösung wirbt.

Und die Politik? Sie wird zu entscheiden haben, ob diese Möglichkeit für viele Menschen, ihrem besonderen Empfinden oder praktischen Gründen nachzukommen, höher zu bewerten ist als eine Kostensteigerung für die (v.a. kirchlichen) Friedhöfe, die manche befürchten.



## Sanitär & Heizung

Meister- und Innungsbetrieb

**Siegfried Wigger**  
 Höltene Klinke 42 · 48653 Coesfeld  
 Fon 02541/970338 · Fax 02541/970485  
 Mobil 0163/4970338  
 E-mail: s.wigger@siggis-badewelt.de  
 internet: www.siggis-badewelt.de



# „Postpassage“ mit „Berkelterrassen“

Ein Vorschlag zur Neubelebung des Stillstands an der Post

Während die Bebauung am Bahnhof langsam Konturen annimmt, scheint die ITG mit ihrem Post-Objekt und dem Eigentümer der Kupferpassage gar nicht voran zu kommen. Was liegt da näher, als frischen Wind durch frische Ideen hineinzubringen?

Der Vorschlag der Redaktion der Pro Coesfelder Rundschau geht davon aus, dass überhaupt nur eine ganz besonde-

re Konzeption die notwendige Attraktivität für die Geschäftswelt besitzt und eine bloße Verdoppelung der Konzeption Kupferpassage keine Chance hat.

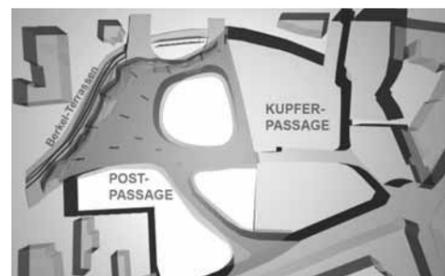
Daher ist eine überregionale Bedeutung (z.B. Anknüpfung an die Bemühungen um eine Berkel-Touristik) anzustreben, um die Ladenlokale lukrativ zu machen. Unser Vorschlag ist von einer neugestalteten Berkel aus

geplant, auf die eine großzügige, durchsichtige Passagenwelt zuläuft. Eine besondere Gastronomie mit Terrassierung hin zur Berkel bildet eine ständige (und vom Wetter unabhängige) Einladung zum Erlebniskauf und stellt eine interessante Plattform für Events und Familienaufenthalte dar.

Na, wie gefällt's?

Serie  
**„Stadtaussichten“**  
 Teil 3

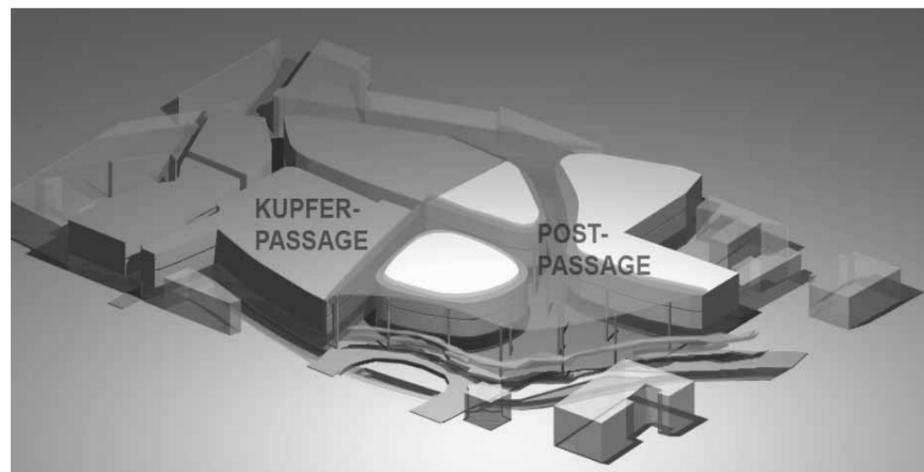
**Straßensperrungen lösen keine Probleme.  
 10. September Bürgerentscheid!!!**



Der Baukörper mit Berkel oben links



Von der Berkel aus: Blick auf die Terrassen in Ladenlokale und Gastronomie



Von der Süringstraße aus gesehen: die Berkel unten rechts

**Sperrt unsere Stadt nicht tot. 10. September Bürgerentscheid!!!**

## Kurz und gut

### Respektables Portal

Ein respektable 24. Platz für die Stadt Coesfeld. Unter 373 Kommunen kam der städtische Internet-Auftritt in die Kategorie „Wegbereiter“. Die E-Spezialisten im Rathaus wird es gefreut haben. Die Studie „Virtuelles Rathaus 2006“ ist unter [www.egovernmentplattform.de](http://www.egovernmentplattform.de) nachzulesen. Kriterien waren zu 15% jeweils allgemeine Beurteilung und Navigation zu den Kundenservices, zu 30% das Angebot an Informationen und zu 40% das Angebot an Kundenservices selbst.

### Sittenwidrige Stadt

Unsere Stadt möchte wie andere Städte auch an der Unmoral ihrer Einwohner verdienen. In der Vergnügungssteuersatzung liest man nämlich: „Die Steuer beträgt je Apparat und angefangenen Kalendermonat ... bei Apparaten, mit denen Gewalttätigkeiten gegen Menschen und/oder Tiere dargestellt werden oder die Verherrlichung oder Verharmlosung des Krieges oder pornographische und die Würde des Menschen verletzende Praktiken zum Gegenstand haben 200 Euro.“ Da dachte man als Biedermann/frau doch, das sei eigentlich ...

### Vogelsang zweite Runde

Nachdem mit den Stimmen von SPD und CDU beschlossen worden war, 2000 Euro teure Betonsperren einzubauen, um den Durchgangsverkehr dort zu unterbinden, riet die Polizei als auch der Gemeindeversicherungsverband dringend ab. So schlug die Verwaltung noch einmal vor, die Sperrpfosten zu entfernen und den Weg auf 200 m Länge einfach nicht mehr wie bisher instand zu setzen. Ein CDU-Ratsherr, selbst Anwohner am Vogelsang, wollte wenigstens einen (diebstahlsicheren) Sperrpfosten haben und bekam (gegen Pro Coesfeld) seinen Willen. (Wer denkt da noch an den Haushalt?)

### Endlich Hochwassersicherheit

Seit Jahren vom Kreis gefordert und von Pro Coesfeld moniert (man rief damals vor der Kommunalwahl: Panikmache!): Die Wiederherstellung des Walls oberhalb der Bischofmühle. Die sei nun, so lt. Bericht des Abwasserwerkes, vorgezogen worden, „um die frühzeitig geforderte (!) Hochwassersicherheit für die geplante Bebauung des ehem. Freibadgeländes zu gewährleisten.“ Auch die Ablassöffnung an der dortigen Wehranlage wird jetzt durchgängig gehalten. Was lange währt ...

### Verehrtes Ehrenamt

Dass das Ehrenamt geehrt wird, ist eine prima Sache. Nur sollte sich die lobende Stadtprominenz nicht selbst in den Vordergrund spielen. Das gebietet der gute Stil. Die Rede des Bürgermeisters Mitte März, in der er zu 90% von seiner Politik (u.a. dem „Leuchtturmprojekt Kalki“) sprach, war reine Eigenwerbung und missbrauchte die Ehrenamtlichen als Kulisse. Das Ehrenamt schmücken, aber bitte nicht sich selbst mit dem Ehrenamt schmücken! Das merkten die Bürger und vermerkten es sauer.

# Der Kalki-Brief im Original

Entwurf/erstellt von: 17. Februar 2006  
 Az.: 62.15-16  
 Bearb. 1: Herr Lauer Raum: S 420 Tel.: 1800  
 Bearb. 2: Raum: Tel.:  
 E-Mail: klaus.lauer@bezreg-muenster.nrw.de Fax: 81800  
 Haus: Von-Vincke-Str. 23-25  
 Kopf: BR Münster

1) Stadt Coesfeld  
 z.Hd. Herr Backes  
 Am Markt 8  
 48653 Coesfeld

über  
 Kreis Coesfeld  
 Friedrich-Ebert-Str.  
 48653 Coesfeld

Nachnutzung Kalksandsteinwerk Haniel - Freizeitwohnen und Naturbadeseesee  
 Landesplanerische Stellungnahme

Ihre Ratsvorlage Nr.: 032/2006 (e-Mail vom 14.02.2006)

Sehr geehrter Herr Backes,

mit E-Mail vom 14.02.2006 haben Sie mit freundlicher Weise die Ratsvorlage zu dem Projekt „Nachfolgenutzung Kalksandsteinwerk Haniel“ zur Kenntnis gegeben.

In der Vorlage wird auf Seite 4 unter „zu 5. – Voreinschätzung des Projektes durch die Landesplanung“ die derzeitige landesplanerische Position zu der hier vorgestellten Projektkonzeption nicht korrekt wiedergegeben.  
 In Zeile 5 des 1. Abschnitts im o.g. Kapitel führen Sie aus, dass „grundsätzlich Ziele der Raumordnung und Landesplanung nicht gegen das Projekt“ stünden.

Diese Aussage entspricht nicht der landesplanerischen Beurteilung der derzeitigen Projektkonzeption.  
 Im gültigen Regionalplan, Teilabschnitt Münsterland ist der Standort des geplanten Freizeitparks als Bereich zum Schutz der Landschaft, als Bereich zum Schutz der Gewässer, als Waldbereich und als allg. Freiraum- und Agrarbereich, angrenzend als

Bereich zum Schutz der Natur (FFH-Gebiet !) dargestellt. Diese Ziele stehen deutlich der geplanten Projektkonzeption entgegen. Trotz mehrfacher Gespräche war der Projektentwickler bisher nicht bereit eine raumverträgliche Projektkonzeption vorzulegen. Nur für eine solche Konzeption kann eine entsprechende Änderung des Regionalplanes in Aussicht gestellt werden.

Für die derzeitige Projektkonzeption ist die Einleitung eines Änderungsverfahrens des Regionalplanes nach § 20 LPIG nicht möglich. Gegen das geplante Projekt werden erhebliche landesplanerische Bedenken vorgebracht.

Ich bitte Sie, die in der Ratsvorlage 032/2006 getroffenen Aussagen zur landesplanerischen Einschätzung des Projektes in der Ausschusssitzung und der Ratssitzung richtig zu stellen.

Mit freundlichen Grüßen  
 Im Auftrag

(Lauer)

Der Nabu brachte diese e-mail ans Licht und manche Bürger und Bürgervertreter fühlten sich genaseweist: Die Verwaltungsspitze wusste längst von der grundsätzlichen Ablehnung der Kalki-Pläne der Fa. Haniel durch die obere Landschaftsschutzbehörde und ließ alle munter im Dunkeln weiter diskutieren und agieren (s. Titelthema).

## Eine Straßensperrung betrifft auch Sie! Gehen Sie am 10. September zum Bürgerentscheid!!!

## Mit dem Kopf im Sand

Die Aufhebung der Schulbezirksgrenzen wird auf gut Glück abgewartet

Das neue Schulgesetz ist verabschiedet worden. Der heftig diskutierte Wegfall der Grundschulbezirksgrenzen zum 1. August 2008 ist geltendes Recht. Eltern können zukünftig im Rahmen freier Kapazitäten wählen, an welcher Grundschule sie ihr Kind anmelden. Sie haben im Rahmen der festgelegten Zügigkeit einen Anspruch auf Aufnahme ihres Kindes in die wohnortnächste Schule.

Die Parteien in Coesfeld hatten sich im Vorfeld mehrheitlich gegen die Aufhebung der Schulgrenzen ausgesprochen. Dabei war allen Parteien der Elternwille nicht bekannt, obwohl gerade diese Gesetzesänderung den individuellen Bedürfnissen von Eltern und Kindern Rechnung tragen sollte (Vereinbarkeit von Familie und Beruf).

Aus diesem Grund hatte Pro Coesfeld im Schulausschuss angeregt, eine Befragung innerhalb der Elternschaft in Kindergärten durchzuführen. Gleichzeitig sollte umfassend von den Gesetzesänderungen berichtet werden. Dieser Antrag wurde mit den Stimmen von CDU und SPD mehrheitlich abgelehnt. Schade. Eine Befragung hätte das Meinungsbild innerhalb der Elternschaft wiedergegeben. Hinweise und Gründe für verändertes Wahlverhalten hätten der Verwaltung und den Schulen Hilfestellung gegeben, sich rechtzeitig auf veränderte

Rahmenbedingungen vorzubereiten. Gerade für die Schulen wäre die Auswertung wichtig gewesen, da sie mit dem neuen Schulgesetz in einen fairen Wettbewerb eintreten sollen. So hätte man im Vorfeld ‚schwächere‘ Schulen stützen können, um alle Standorte möglichst zu den gleichen Rahmenbedingungen in den Wettbewerb zu schicken.

Auch wäre klar geworden, ob die Eltern die Aufhebung der Schulgrenzen bereits zu einem früheren Zeitpunkt (1. Juli 2007) wünschten. Denn diese Option sieht das neue Schulgesetz auch vor. Und die FDP fordert das bereits.



### Sanitär & Heizung

Meister- und Innungsbetrieb

Siegfried Wigger  
 Höltene Klinker 42 · 48653 Coesfeld  
 Fon 02541/970338 · Fax 02541/970485  
 Mobil 0163/4970338  
 E-mail: [s.wigger@siggis-badewelt.de](mailto:s.wigger@siggis-badewelt.de)  
 internet: [www.siggis-badewelt.de](http://www.siggis-badewelt.de)

## Ihre Bilanz nach einem Jahr OGGs

Wir sind an Ihren Erfahrungen interessiert

Es lohnt sich, Bilanz zu ziehen: Die Offene Ganztagsgrundschule in Coesfeld ist 1 Jahr alt und die ersten Erfahrungen sind gemacht. Haben sich die Erwartungen der Eltern, Kinder und Lehrer erfüllt? Wie ist das Nachmittagsangebot: Pädagogisch niveauvoll und schulisch hilfreich? Gibt es spezifische Förder- und Hausaufgabenangebote? Ist das Personal kompetent und ausreichend, die Einrichtung zweckmäßig und kindgerecht, das Essen gesund und abwechslungsreich? Auch die Trä-

ger der OGGs müssen mit ihrem Geld auskommen. Wird es sinnvoll eingesetzt oder reicht es hinten und vorne nicht? Und: Haben Sie Ideen?

Schreiben Sie uns, rufen Sie an oder kommen Sie zu uns: Pro Coesfeld, Postfach 1742, 48637 Coesfeld, Telefon 9392307 oder 6298. Am 24. August, 16-18 Uhr, dann ist auch eine zusätzliche Fraktionssprechstunde (Liebfrauenburg, Kardinal-von-Galen-Straße 10, Dachgeschoss), oder  
**E-Mail: [redaktion@pro-coesfeld.de](mailto:redaktion@pro-coesfeld.de)**

# Es lebe das Coesfelder Landrecht!

**Coesfeld leistet sich weiter eine eigene Gemeinde(un)ordnung**

Als die Pro Coesfelder mit 13 Leuten in den Rat einzogen, gab es viel zu lernen: z.B., dass pro Tagesordnungspunkt nur drei Redebeiträge je Ratsmitglied erlaubt sind und diese jeweils 10 Minuten Redezeit nicht überschreiten dürfen. Ausgenommen sind hiervon allerdings die Etatreden der CDU ...

Sie lernten, dass man nicht einfach Sparvorschläge zum Haushalt und andere Vorschläge unorthodox in der Ausschusssitzung vorlegt (so wie es der Bürgermeister mit seiner Haushaltssperreliste und anderen Tischvorlagen oder mündlich zelebriert), sondern Wochen vorher und bitte mit Ansage.

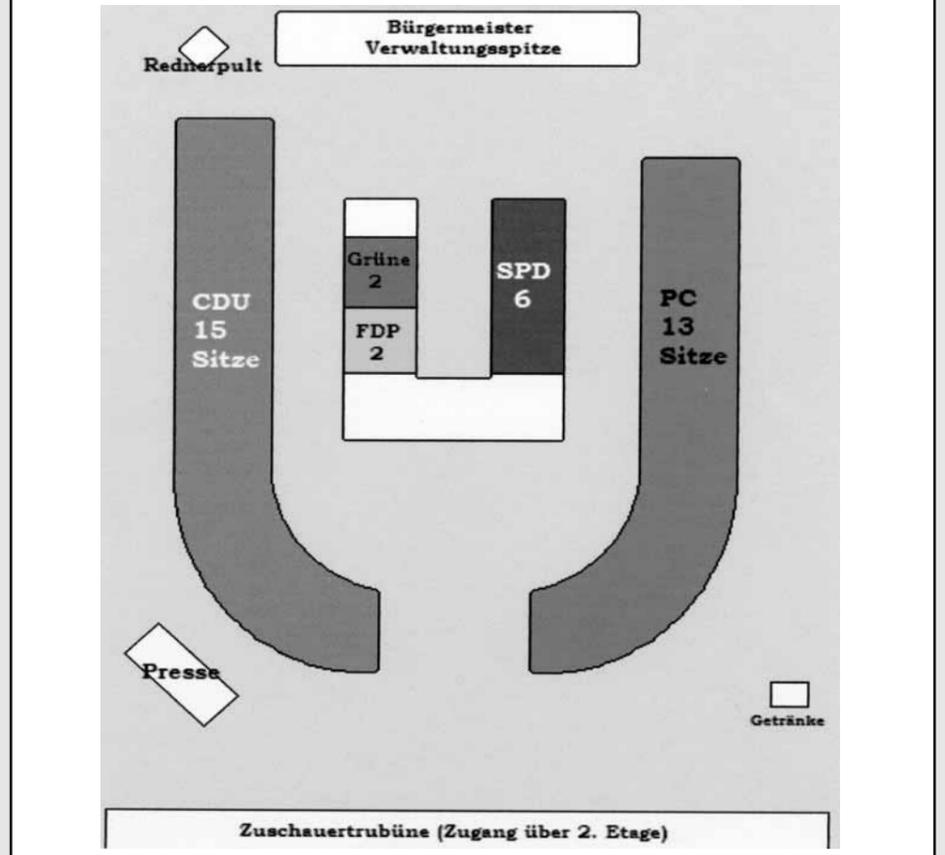
Sie lernten auch die Hauptsatzung kennen und beschäftigten sich mit der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen und mussten feststellen, dass man anscheinend andere gerne belehrt, sich selbst aber nicht belehren lässt. Vergebens und mehrfach wiesen sie auf Verstöße gegen die Gemeindeordnung und Hauptsatzung hin ...

Nächstes Beispiel: Allgemeine Aufgabe der Ausschüsse ist die Vorberatung von Angelegenheiten, über die der Rat zu entscheiden hat. Eine eigene Entscheidungskompetenz haben sie nur dann, wenn es extra durch Ratsbeschluss oder eine Zuständigkeitsordnung geregelt ist. Beides wird in Coesfeld nicht praktiziert, somit gegen geltendes Recht verstoßen.

Oder das Beispiel Hauptsatzung: Nach der Hauptsatzung der Stadt Coesfeld ist der Hauptausschuss für die Erledigung von Bürgeranregungen und -beschwerden zuständig, der diese an andere Ausschüsse weiterleiten kann. So wurde mit den Anträgen der Nachbarschaften Hengte und Stockkamp zur Verkehrssituation Basteiring verfahren. Der spätere Antrag der Nachbarschaft Basteiring (ebenfalls ein Bürgerantrag) wurde aber aus „Zweckmäßigkeitserwägungen“ vom Bürgermeister ohne Beteiligung des Hauptausschusses direkt an den Ausschuss Umwelt, Planen, Bauen weitergeleitet. Damit wurde den Mitgliedern des Hauptausschusses ihr demokratisches Mitwirkungsrecht vorenthalten usw. ...

## Kommunales 1 X 1: Wer sitzt wo?

Wer wissen möchte, wie man im Rat sitzt, kann sich hier informieren.



**Termine für die nächsten Ratssitzungen (jew. 17.00 Uhr):  
22. August, 28. September, 9. November, 14. Dezember 2006**

## Geheimrat statt Beirat

**Coesfelds Gestaltungsbeirat tagt ohne Fenster**

Es war ein Kind der SPD. Aber nachdem es im November 2004 per Ratsbeschluss in die Welt gesetzt war, vergaßen es seine Eltern rasch: der Gestaltungsbeirat, der - besetzt mit externen Sachverständigen - für die Erhaltung und Gestaltung unseres Stadtbildes tätig werden soll. Schließlich fragte ein Jahr später Pro Coesfeld nach. Dann wurde es endlich was, doch leider nicht so, wie es die Wählergemeinschaft erhoffte.

Jetzt wird es ein Gremium, das die Bürger ca. 10.000 Euro im Jahr kosten wird, aber fast wie ein Geheimgremium organisiert ist. Die Mehrheit der Ratsvertreter zeigte nicht einmal ein Interesse daran, über die Geschäftsordnung, die sich dieser Beirat selbst geben soll, zu entscheiden, wie es Pro Coesfeld gefordert hatte. Die Protokolle werden nicht öffentlich zugänglich sein, nur zweimal im Jahr wird es einen Bericht geben und die Teilnahme von gewählten Vertretern ist eine Kann-Bestimmung. Soviel Selbstentmachtung der Bürgervertreter kann schon nachdenklich machen!

Dieser Gestaltungsbeirat ist also ein rein internes Abstimmungsgremium zwi-

schen Verwaltung und Bauherren - eine angenehme Zwischeninstanz für unsere Verwaltung vielleicht, aber für die Bürger, die ein Interesse an öffentlicher Diskussion über Stadtbaukultur, Erscheinungsbild und Gestaltung unserer (Innen-)Stadt haben, die sich über die Identität und Unverwechselbarkeit unserer Stadt oder gar die Entwicklung unserer Stadt insgesamt Gedanken machen, ist das weniger als nichts. Denn dieser Beirat kostet Geld und bläht nur die Verwaltungskosten auf.

Hatte die SPD das beabsichtigt? Sie jedenfalls zeigte bei den Beratungen kein Interesse an einem Gestaltungsbeirat bürgernaher Art. Aber sie hatte die Sache ja eh gleich vergessen ...

ist auch Zufall. Glauben bestimmte Leute wirklich, mit solchen Kindereien Politik machen zu können? Wir sorgen dafür, dass auch ohne Protokolle bekannt wird, wie schwach z.B. Herr Öhmann auf das Verschweigen des Kalki-Briefes (s. S. 1) reagiert hat und dass der Gestaltungsbeirat leider nur ein teurer Verwaltungsrat geworden ist.



Günter Kirstein, Chemiker, Vorsitzender des Arbeitskreises Umwelt, Planen, Bauen bei Pro Coesfeld und Ausschussmitglied

## Sperrung der Stadthalle

Es kommt mittlerweile einer Sperrung der Stadthalle gleich: Zuerst eine Entgelt-richtlinie mit zu hohe Mieten (die sich an optimal ausgestatteten Hallen orientieren und gegen die Pro Coesfeld vergeblich protestiert hatte), dann wird die AG Stadthalle seit Monaten hingehalten und anstelle regelmäßiger Termine täuscht die Verwaltung Aktivität vor, dann das mehrfache Vergraulen von Interessenten. Letztes Beispiel: Eine Benefiz-Veranstaltung (hier: für krebserkrankte Kinder) konnte die hohen Entgelte nicht zahlen und erhielt keinen Nachlass. Der Stadtanzeiger berichtete. Manchem standen die „Nackenhaare“ hoch und Martina Vennes (Pro Coesfeld) fragte nach: Keine Chance

sagte man: Entgelt-richtlinie ist Entgelt-richtlinie. Basta!

Dabei hätte man anbieten können, die Veranstaltung unter städtischer Regie laufen zu lassen. Denn das Argument, auch für städtische Veranstaltungen, z.B. für eine WM-Großleinwand (Pro Coesfeld fragte mehrmals nach) seien die hohen Entgelte zu bezahlen, ist vorge-schoben. Fakt ist: Die Stadt hat für eigene Veranstaltungen einen sehr günstigen Tarif: 250 Euro gegenüber 860 Euro! Da hätte die Stadt auch ein Herz - z.B. für Kinder haben können. Jetzt ist auch dieses Event abgewandert. Also: Erst Investitionsstau, dann Trockenlegung, dann Abrissbirne ..?

## Verschwiegene Protokolle

Natürlich ist es immer Zufall oder ein Versehen: Da fehlen doch in den Protokollen der Gremien oft Teile aus den Debattenbeiträgen und andere sind sehr ausführlich. Dass das nie die CDU trifft,

**So erreichen Sie uns: Pro Coesfeld e.V., Postfach 1742, 48637 Coesfeld**



## Kurz und gut

### Sportlich vergessen

Als die Vereine und Parteien beim Stadtsportring zusammensaßen, vermisste man eine Gruppe: Pro Coesfeld. Hatten die kein Interesse an Gesprächen darüber, wie die Sportvereine in Zukunft ca. 100.000 Euro aufbringen sollten, um die Nutzung der Sportanlagen zu bezahlen? Des Rätsels Lösung: Man habe vergessen, die Unabhängigen einzuladen. Welch ein Versehen! Die Entschuldigung war wortreich, doch im Protokoll war darüber nichts zu lesen.

### Energie an die Schulen!

Die Billerbecker können es. Geht das auch in Coesfeld, fragte Michael Banneyer (Pro Coesfeld) im Schulausschuss. Er meinte die Belohnung der Schulen für das Sparen an Gas und Strom und evtl. an Wasser und Müll. Die Hälfte des Ersparten verbleibt den Schulen. Bei einer einzigen Grundschule waren das schon 650 ! Die Coesfelder Verwaltung sagte Prüfung zu. Übrigens könnten auch unsere Stadtwerke etwas von den Billerbekern (und Gescheranern) lernen. Dort sponsert die RWE einen Klimaschutzpreis. Wir sind gespannt, was Coesfeld kann.

### Grundschul-Toiletten

Auf Antrag der SPD untersuchte die Stadt die Toiletten – zunächst nur an den Grundschulen. Die Ergebnisse des beauftragten Fachbüros waren nicht berauschend. Die Verantwortlichen vom Gebäudemanagement, deren ständige Aufgabe die Erhaltung der Anlagen eigentlich ist, erkannten zwar nur in zwei Fällen dringenden Handlungsbedarf, doch an der Mehrzahl der 27 untersuchten WC-Anlagen gab es z.T. deutliche Mängel („akzeptabel“ bis „schlechter Zustand“). Und fast überall hapert es mit dem Energieverbrauch.

### Ganztagsbrief vom Land

Das war peinlich: Der Bürgermeister hatte sich gegenüber dem Ministerium über die zu kurze Frist für die Beantragung der Fördermittel für die gebundene Ganztags Hauptschule beklagt. Daher habe Coesfeld die Frist nicht einhalten können. Prompt kam die Antwort: „Die fristgerecht eingegangenen 236 Anträge – viele aus dem kreisangehörigen Raum – zeigen ... , dass die Aufgabe grundsätzlich lösbar war.“ Oha! Aufwachen!

### Impressum

Verantwortlich: Im Auftrag der freien Wählergemeinschaft: Uwe Hesse.

Pro Coesfeld, Postfach 1742, 48637 Coesfeld. E-Mail: redaktion@pro-coesfeld.de

Für den Vorstand: Dr. Günter Kirstein, Uwe Thomas, Heinz Volmer, Ulrike Hemker.

Für die Fraktion: Günter Hallay, Hans-Theo Büker, Dr. Thomas Pago, Hermann-Josef Peters.

Das Zeitungsteam: Robert Böyer, Manfred Huster, Hans-Joachim Pott, Andreas Schrodt, Uwe Thomas, Georg Veit.

Auflage: 14.000

Druck: Medienhaus Ortmeier GmbH

Redaktionsschluss: 6. August 2006

# Wer zahlt die Musik?

## Steht unsere Musikschule zur Diskussion oder zur Disposition?

Im Oktober 2005 hatte der Zweckverband Musikschule das Sparziel formuliert: bis 2008 an Verbandszuschüssen statt 425.000 Euro nur noch 350.000 Euro (Gesamtetat ca. 1 Mio.). Und dabei hatte die Musikschule gemeint, bereits mit den bisherigen Sparmaßnahmen gut im Rennen zu liegen. Hatte man doch 2004 und 2005 schon jeweils 60.000 Euro eingespart und die Arbeitszeit der Musiklehrer erhöht. Wird es der Musikschule von Coesfeld, Rosendahl und Billerbeck so gehen wie der in Nottuln? Die hatte 2004 dicht gemacht.

Das Fass zum Überlaufen brachte die anvisierte Honorarordnung mit einer Staffelung v.a. nach Gruppenstärke und ohne Fahrtkosten. Die Engagierten der Musikschule trauten niemandem mehr. Hatte doch schon ein Studientag vor zwei Jahren den Verdacht geweckt, es solle aus ihnen mit allen Mitteln das Maximum an Sparmasse herausgeholt werden. Jetzt wurden die Honorarordnung und die Anstellung von Honorarkräften unter der Auflage abgenickt, dass Vorstandsvorsteher Backes auch finanzielle Anreize und zusätzliche Vergütungen einbaut. Und es sollte ein Leitbild her, an dem sich alle ausrichten.

**„Wer Musikschulen schließt, gefährdet die innere Sicherheit.“**

Otto Schily

### Erst die Tonart ...

Jürgen Toppe (Pro Coesfeld) sagte es deutlich: Bei dieser Diskussion fehlt ein Konzept. Und ohne Konzept ist alles – auch das Sparen – nichts. Das grundsätzliche Manko ist die absurde Rechnung, dass tatsächlich jeder weitere Schüler das Loch im Etat vergrößert! Die hohe Quote von 2,4 Musikschülern auf 100 Einwohner ist demnach schlecht und dafür gibt es von der Gemeindeprüfung die „rote Ampel“! Dazu hängt der Musikschule nicht nur der Ruf an, hohe Qualität und Engagement zu garantieren, sondern auch elitär zu sein. Der Spagat zwischen Begabten – und Breitenförderung müsse besser funktionieren. In vielen Bereichen sollen neue Konzepte und größere Flexibilität her.

### ... dann der Schlüssel ...

Bei den Gebühren scheint die Obergrenze erreicht. Immerhin liegt der Kostendeckungsgrad bei beneidenswerten 54%! (Und dennoch sollte man über

eine weitere Einkommensgruppe nach oben nachdenken.) Aber gibt es nicht weiteres Potenzial und Synergien? Eine Patenschaftsaktion für das Engagement der Musikschule in Kindergärten und im Ganztagsangebot der Schulen. Erste Ansätze finden sich bei der Ernsting-Stiftung und einzelnen Musikpädagogen. Oder eine Zusammenarbeit mit dem Sozialamt bei der

Jugendarbeit (Stellwerk – schon in Planung – oder bei der Heimunterbringung). Koop-Modelle mit dem Musikunterricht auch an weiterführenden Schulen. Können mit Ferienangeboten und bei der Erwachsenenbildung neue Schichten (kostendeckend: Kunden) gewonnen werden? Kann man Nottuln in den Zweckverband holen? Und wie sieht es (Hand aufs Herz) mit der Stundenverpflichtung in den Angestelltenverträgen aus oder mit einer Umwandlung der Musikschule in eine GmbH (wie z.B. in Warburg)?

### ... und ein runder Tisch

Wir Coesfelder müssen selbst definieren, was uns die Musikschule und deren Angebot an die Jugend wert ist und wie sie (bei einem dramatischen Rückgang der Kinderzahlen!) gestaltet sein soll. Nicht alles an so einer grundsätzlichen Diskussion ist angenehm, aber alles muss einem langfristigen Konzept verpflichtet sein, das dem außerordentlichen Wert der musikalischen Bildung für die soziale, kreative und geistige Erziehung Rechnung trägt. Sonst läuft die Spardiskussion hin und her wie ein Zootiger auf der Suche nach einem Happen. Musikschulleitern und -lehrer forderten einen runden Tisch oder einen offenen Workshop. Das wäre ein Anfang.

## Chronik eines angekündigten Bades

- August 2004: Bekanntgabe der Bäder- und Parkhausgesellschaft (B&P): Eröffnung des Kombibades am 30. Juni 2005.
- Oktober 2004: Pro Coesfeld zweifelt den Zeitplan an und fordert unter heftiger Kritik des Bürgermeisters, der Altparteien und der B&P die Offenhaltung des alten Freibades für die Saison 2005.
- November 2004: Bürgermeister Öhmann: Ab Juli 2005 ist das Kombibad z.T. fertig.
- Januar 2005: Der Projektgenieur: Kein Freibadbetrieb mehr in 2005 möglich. CDU ist „irritiert“, ein Ratsmitglied der CDU: „Wie erkläre ich das alles unseren Bürgern?“
- Oktober 2005: B&P: „Im Mai (2006) ist alles fertig“.
- April 2006: B&P: „Der Freibadbereich wird ganz sicher Mitte Juni in Betrieb gehen.“
- Juni 2006: B&P: Eröffnung wird am 30. Juni sein; Gastronomie und Eingangshalle sind erst ab August nutzbar.
- August 2006: B&P: Solebecken und Minigolf erst Ende August nutzbar.

**Vergessen Sie auf keinen Fall den Bürgerentscheid am 10. September**

### Falsche Unterschriften?

Herr Bücking (CDU) hatte im Rat seine Zweifel: Könnten beim Bürgerbegehren die Unterschriften aus anderen Gebieten der Stadt wirklich gelten? Könnten sich diese Personen überhaupt ein Bild von der Verkehrssituation in der nordwestlichen Innenstadt machen? Frau Ahrend-Prinz (Grüne) ergänzte, man sei z.T. bis fast bis zur Nötigung bedrängt worden zu unterschreiben. Auf Nachfrage von Georg Veit (Pro Coesfeld), ob bekannt sei, ob die Unterschriften zum Bürgerbegehren unseriös zustande gekommen seien, musste Herr Öhmann mit dem Kopf schütteln – wie einige auf der Zuschauertribüne.

### Abgebogen

So macht man das: Um einen größeren Andrang bei der von Pro Coesfeld beantragten Fragestunde im Rat abzubiegen, lud der Bürgermeister die Bürgerbegehrenden einen Tag vorher zum Gespräch zu sich und klärte Fragen vorab. Und auch die Ratsdebatte über die von ihm notgedrungen verfügte Haushaltssperre hatte man durch die zuschauerlose Sitzung des Hauptausschusses entlastet, d.h.: sie fiel einfach aus, denn Herr Öhmann sah auf die Uhr: Man müsse ja noch zur Einführung des neuen Feuerwehrführers ...

### Geschers FDP und Rosendahls Grüne

Dass die CDU in Coesfeld oft anderer Meinung ist als ihre Parteifreunde in Düsseldorf, weiß man. Doch der FDP geht es nicht anders – wenn auch eine Nummer kleiner: In Coesfeld warb sie vehement für das Kalki-Projekt, in Gescher lehnten die Liberalen entschieden ab. Ähnliches bei den Grünen: In Coesfeld gibt es nicht einmal in Haushaltsfragen so etwas wie eine grüne Opposition, in Rosendahl dagegen wettern die Parteifreunde gegen die jahrelange „katastrophale Ausgabenpolitik der CDU“ und forderten die Bürger gar zum Widerstand auf. So weit mag nicht einmal Pro Coesfeld gehen.

### Bernhardstraße spielt wieder

Schön, dass die Sanierung des Spielplatzes endlich was geworden ist. Pro Coesfeld hatte schon im letzten Jahr mit den Anwohnern nach einer Lösung gesucht. Wie viel Arbeit die Nachbarn hier geleistet haben, um die ausgemusterten Spielgeräte zu ersetzen, werden sie selbst am besten wissen. Die Stadt half bei der Einweihung mit einer Würstchen-Spende. Viel mehr saß nicht drin.

**Sie wollen uns helfen: BLZ 401 545 30, Kto.-Nr. 35 046 267, Spark. Westmünsterland**

# Integrieren und fördern statt Ausgrenzen

„Zwangsdienst für Langzeitarbeitslose“, „Mehr Anstand gefordert seitens der Arbeitslosen“... Diese und viele weitere Nachrichten werden uns in jüngster Zeit über die Medien mitgeteilt. Arbeitslose und Menschen mit dem sogenannten Migrationshintergrund sind Objektgruppe dieser täglichen Meldungen. Eines haben diese Meldungen gemeinsam: Sie haben einzelne Gruppen unserer Gesellschaft als Ursache für die Probleme unseres Landes ausgemacht. Nicht die Politik der letzten Jahre und die Manager der großen Konzerne sind die Ursache und tragen daher die Ver-

antwortung, nein, es sind die Langzeitarbeitslosen, die nicht arbeiten, und die ausländischen Mitbürger, die sich nicht integrieren lassen wollen. Diese Sündenbockphilosophie, die auch in Lokalparlamenten immer salonfähiger wird, kann mittelfristig zu einer gesellschaftspolitischen Gefahr werden. Genaue Untersuchungen belegen, dass der gesellschaftliche Schaden durch Steuervergehen weitaus größer ist als der Missbrauch von Sozialhilfeleistungen.

Dass Missbrauch, gleich welcher Art, verhindert und gegebenenfalls auch bestraft wird, ist sicher ein richtiger

Weg. Politik und Verwaltung müssen aber auch die eigene Verantwortung sehen. Die Frage stellt sich hier, was muss und kann auch hier vor Ort getan werden, um den Menschen zu helfen, die aufgrund ihrer beruflichen Situation und/oder ihrer Herkunft am Rand der Gesellschaft stehen.

Das Augenmerk sollte dabei auf einer gezielten Verbesserung der Vermittlung in Arbeit liegen, auf beruflichen Bildungsmaßnahmen oder andere Hilfen, die den betreffenden Menschen wirklich helfen. Auch im Kreis Coesfeld wissen viele arbeitslose Menschen leider

nicht, worin der Sinn der ihnen angebotenen Maßnahmen besteht. Die Verfahren sind für alle Beteiligten zu kompliziert und gleichen einem bürokratischen Hindernislauf, so dass viele sich als Opfer einer verfehlten Sozial- und Arbeitsmarktpolitik empfinden. Abstimmungsprobleme der zuständigen Verwaltungsstellen müssen ausgeräumt werden, Entscheidungsprozesse verkürzt werden etc. Den Mitarbeitern unseres „Zentrums für Arbeit“ ist hier kaum ein Vorwurf zu machen, denn deren Leistungen können sich im Bundesvergleich sehen lassen. Und es bleibt auch für sie zu hoffen, dass die nächste Reform nicht wieder unausgereift ist.



Das Gotteshaus des türkisch-islamischen Kulturvereins am Katthagen

## Zu Gast bei Freunden

### Der türkisch-islamische Kulturverein: Ein Beispiel für Integration

Wer durch den Katthagen fährt, wird die Moschee mit der Hausnummer 12 nicht als solche erkennen. Das Gotteshaus hat zwar keine Minarette, aber die Gläubigen sind mit ihrer Moschee zufrieden. Der etwa 50 Quadratmeter große Fußboden des Gebetsraums ist nur mit Teppich bedeckt und ebenso schmucklos wie das Äußere. Das Freitagsgebet spricht der Imam auf einer kanzelähnlichen Erhöhung in einer Ecke des Raums. Ansonsten predigt der Imam auf dem kleinen Perserteppich. In der Fastenzeit wird der Imam vom türkischen Konsulat gestellt und man achtet darauf, dass er nicht radikal predigt.

In Deutschland gibt es verschiedene Gruppen von Moslems. Dem türkisch-islamischen Kulturverein gehören Moslems aus Coesfeld und Umgebung an. Circa 50 Familien sind offizielle Beitragszahler des eingetragenen Vereins, der wie jeder andere Verein einen Vorstand hat, der von der Mitgliederversammlung gewählt wird. Von den Beiträgen werden die Nebenkosten des Gotteshauses bezahlt.

#### Freundschaft funktioniert

Das Gebäude selbst ist städtisch. Die Stadt verlangt keine Miete, was der Vorstand einhellig begrüßt und mit Dankbarkeit aufnimmt. Die Moschee ist eine Begegnungsstätte für Moslems, aber auch Christen sind herzlich willkommen. Der siebenköpfige Vorstand des türkisch-islamischen Kulturvereins pflegt den Gedankenaustausch mit der katholischen und mit der evangelischen Kirche. Wie er ausdrücklich hervorhebt, ist auch Jesus wie Mohammed ein Prophet gewesen und wird von den Moslems verehrt. Mittags wird die Begegnungsstätte am Katthagen regelmäßig von türkischen und anderen Moslems besucht. Hinter dem Gebetsraum befindet sich eine Küche mit einer großen Sitzgruppe, wo man sich zum Gespräch bei einer Tasse Tee oder Kaffee trifft.

Der Vorstand distanziert sich von Anschlägen und hat bisher keine Probleme in Coesfeld gehabt. Der Krieg im Irak und Krieg an und für sich wird kritisch gesehen, weil die Coesfelder Moslems Krieg, aber auch Anschläge, generell ablehnen.

#### Bereits die zweite Generation

Die alteingesessenen Türken in Coesfeld sind bereits die zweite Generation. Die erste Generation ist seit 1965 hier im Land. Die Türken sind in Coesfeld gut aufgenommen worden und engagieren sich in Vereinen und Nachbarschaften. Die türkischen Frauen gehen zur Volkshochschule, um die deutsche Sprache zu erlernen. Etwa die Hälfte der zweiten Generation in Coesfeld ist in Deutschland geboren. Circa 30% der Coesfelder Türken besitzen die deutsche Staatsbürgerschaft und sind damit eigentlich Deutsche. Die zweite Generation besitzt bereits ein Häuschen und fühlt sich in Coesfeld nach eigenem Bekunden wie zu Hause. Über Sportvereine, Nachbarschaften und Arbeitskollegen gibt es gute Kontakte zwischen Türken und Deutschen. Die Deutschen zeigen besonderes Interesse an türkischer Küche und Kultur. Auch die Nachbarn am Katthagen haben die Moschee und die Moslems längst akzeptiert.

## Bei Ebbe im Stadtsäckel: PPP

### Public private partnership (öffentlich-private-Partnerschaft) in der Analyse

Warum ist die PPP für eine hoch verschuldete Kommune so interessant? In einem PPP-Modell übernimmt ein privater Investor die Investitionskosten für den Neubau, die Sanierung und/oder die Erweiterung eines öffentlichen Gebäudes. Solche Modelle wurden von der alten Landesregierung ins Leben gerufen, werden aber auch insbesondere vom Finanzminister der neuen Landesregierung unterstützt. Andere Gemeinden sind hier schon längst am Ball – z.B. bei ihren Schulbauten. Eine Initiative von Pro Coesfeld zum Haushalt 2005 im Jahre 2004 scheiterte leider aufgrund der konservativen Einstellung der Altparteien. Natürlich bekommt man PPP nicht zum Nulltarif. Ein Investor wird seine Kosten umlegen. Es kann sich jedoch auch für die Stadt rechnen. Welche Modelle gibt es?

**Modell Kaltmiete:** Der Investor übernimmt nur die Baumaßnahmen, also zum Beispiel Neubau, Umbau, Erweiterung, Sanierung etc. Für das aufgewendete, investierte Kapital wird eine ortsübliche Kaltmiete vereinbart. Nachteil bei diesem Modell ist u.a., dass ein gewinnorientierter Investor nicht den Blick auf das dem Vertrag folgende Gebäudemanagement legt.

**Modell Kaltmiete mit Instandhaltung:** Zusätzlich zu den Bauleistungen wird vertraglich vereinbart, dass der Investor auch die Instandhaltung/Bauunterhaltung übernimmt. Vorteil dieses Modells gegenüber Modell 1 ist, dass der Investor ein Interesse daran haben wird, die Baumassnahmen in hoher Qualität auszuführen, um möglichst geringe Kosten in der Instandhaltung zu haben. Weiterer Vorteil beim Auftraggeber bzw. Mieter ist die Einsparung von Personalkosten.

**Modell Kaltmiete mit Gebäudemanagement:** Der Investor übernimmt zusätzlich zum Modell 1 + 2 die Abrechnung der Nebenkosten, welche ihm vom Mieter über Abschlüsse und jährliche Nebenkostenabrechnung erstattet werden. Dieses Modell hat nur Vorteile bzgl. der Personalkosteneinsparung.

**Modell Warmmiete:** Der Investor vermietet auf Basis einer vertraglich zu vereinbarenden Warmmiete. Großer Vorteil dieses Systems: Schon beim Bau wird sich der Investor bemühen, das Gebäude und die technischen Anlagen möglichst energiesparend auszuführen, um später nicht hohe Energiekosten zu haben. Problem dieses Modells ist, dass wenige Investoren die Risiken dieses Modells tragen werden.

#### Luft für Zukunftsinvestitionen

Insbesondere in Zeiten knapper Kassen sind PPP-Modelle sicherlich eine Überlegung wert. 60% der Menschen in unserem Land wohnen zur Miete und auch die großen Firmen belasten sich nicht mehr mit einer Immobilie, sondern zahlen viel lieber eine Miete, ent-

weder als Quadratmeter-Festmiete oder als umsatzbezogene Miete. Große Konzerne haben ihr Immobilienvermögen längst in andere Gesellschaften ausgelagert, die die Immobilien kostendeckend bewirtschaften.

PPP-Modelle können unserer verschuldeten Stadt wieder Gestaltungsräume und Luft verschaffen, so dass überhaupt wieder Zukunftsinvestitionen möglich werden. Zwar ist über Jahre die Miete im Haushalt festgelegt und belastet diesen, andererseits spart man sich dann auch die in der Instandhaltung auftretenden Unwägbarkeiten und das Personal.

Die sogenannte PPP-Task-Force des Landes berät die Gemeinden umfassend in diesen Fragen. Sie sind neugierig geworden? Diesen Artikel mit weiteren Details gibt es unter [www.pro-coesfeld.de](http://www.pro-coesfeld.de), nähere Landes-Informationen unter [www.ppp.nrw.de](http://www.ppp.nrw.de).

Michael Banneyer & Hubert Hoping

Sie haben eine Veranstaltung?

Sie suchen nach Alternativen zum Einweggeschirr?

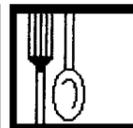
Wir lösen Ihr Problem!

Telefon 02541/82595  
Telefon 02547/7590

www.  
[fliegendeuntertassen.de.v](http://fliegendeuntertassen.de.v)

**Geschirr & Besteckverleih**





CoesfeldRosendahl

**Gehen Sie am 10. September zur Abstimmung!!!**